

WIRTSCHAFTSANGELEGENHEITEN.

HAUPTWIRTSCHAFTSAMT.

Die Lockerung und schließlich die Aufhebung der Bewirtschaftung vieler Bedarfsgüter hat die Tätigkeit des Hauptwirtschaftsamtes immer mehr einschrumpfen lassen. Am 1. Jänner 1948 hatte das Hauptwirtschaftsamtsamt noch einen Personalstand von 242 Beamten und Angestellten. Bereits im Jahre 1948 wurden 86 Beamte und Angestellte des Hauptwirtschaftsamtes an andere Dienststellen abgegeben. Als mit Beginn des Jahres 1949 klar wurde, daß mit einer Verlängerung des bis zum 30. Juni 1949 befristeten Warenverkehrsgesetzes nicht mehr zu rechnen sei und überdies die Bewirtschaftung gewisser Warengruppen durch Sonderverfügung aufgehoben oder durch Terminablauf unwirksam gemacht wurde, schränkte das Hauptwirtschaftsamtsamt seine Wirksamkeit auf ein Mindestmaß ein. Die verschiedenen Abteilungen erledigten nur die wenigen noch einlangenden Geschäftsfälle und liquidierten im übrigen ihre Amtsgeschäfte. Die Abteilung „Waren verschiedener Art“ wurde bereits im Jahre 1948 aufgelassen. Mit der Aufhebung der Textilbewirtschaftung im Februar 1949 wurden die Abteilung I — Punkteverrechnungsstelle, und II — Textilien, aufgelassen. Ihnen folgte im März die Abteilung IV — Kohle, und im April die Abteilung V — Seife.

Nach der im Juli 1949 erfolgten Kündigung der Amtsräume des Hauptwirtschaftsamtes in Wien, I., Strauchgasse 1, wurde das Mobiliar dem Beschaffungsamtsamt übergeben und das noch übrig gebliebene Personal zum größten Teil für Wahlarbeiten und die Ausfertigung der Lohnsteuerkarten verwendet. Die Abteilung III — Mineralöle, und die Rechts- und Strafabteilung des Hauptwirtschaftsamtes wurden am 12. November 1949 dem Beschaffungsamtsamt angeschlossen. Damit hatte das Hauptwirtschaftsamtsamt zu bestehen aufgehört. Die beiden dem Beschaffungsamtsamt eingegliederten Abteilungen versehen die Geschäfte auf Grund des Rohstofflenkungsgesetzes und haben ihren Amtssitz in Wien, VIII., Friedrich Schmidt-Platz 5. Die Amtsleitung des Hauptwirtschaftsamtes erließ im Jahre 1948 an die Kartenstellen, Verrechnungsstellen und an die Bezirkswirtschaftsreferenten 86 Dienstanzweisungen und bearbeitete in diesem Jahre 5.119 Konten. An die in Wien akkreditierten diplomatischen Vertretungen wurden 13.521 Bezugsberechtigungen ausgegeben.

ORGANISATION UND VERWALTUNG.

Die Führung der Personalangelegenheiten und der Gebührenverrechnung war einer eigenen Abteilung anvertraut, die auch die Geschäfte einer Einlaufstelle des Hauptwirtschaftsamtes und die organisatorischen Aufgaben besorgte. Die organisatorischen Angelegenheiten wurden in Verbindung mit dem Landesernährungsamt in allwöchentlich abgehaltenen Zusammenkünften der Fachreferenten besprochen, um eine gleichartige Durchführung der Dienstanweisungen zu sichern. Die Gebarung der Kartenstellen wurde durch persönliche Kontrollen überprüft, Unzulänglichkeiten und Mängel, die sich hiebei ergaben, wurden an Ort und Stelle behoben. Die Lockerung und Einschränkung der Bewirtschaftung bewirkte ein beträchtliches Sinken des Postverkehrs. Die Zahl der eingeschriebenen Postsendungen sank von 16.126 im Jahre 1947 auf 13.309 im Jahre 1948. Der Postauslauf machte im Jahre 1948 einen Bruchteil von dem des Jahres 1947 aus und ging von 54.549 Stück auf 3.349 Stück zurück.

RECHTSABTEILUNG UND ERHEBUNGSDIENST.

Das Warenverkehrsgesetz vom Jahre 1948 legt die Zuständigkeit des Hauptwirtschaftsamtes als Strafbehörde für Verstöße gegen dieses Gesetz fest, sofern nicht ein von anderen Verwaltungsbehörden zu ahndender oder ein gerichtlich zu verfolgender Tatbestand vorliegt. Obwohl die verschiedenen Bewirtschaftungserleichterungen die Zuständigkeit eines behördlichen Eingreifens wesentlich einschränkten, blieb die Zahl der Einlaufstücke der Rechts- und Strafabteilung gegen 1947 fast unverändert. Im Jahre 1948 wurden 2.084 Einlaufstücke gezählt, 1947 2.053. Die Einnahme aus Strafgeldern ging infolge der Bewirtschaftungserleichterung unverhältnismäßig stark zurück, und zwar von 180.366 S im Jahre 1947 auf 15.049 S im Jahre 1948.

Die Tätigkeit der Rechtsabteilung erstreckte sich auch auf die Erstattung von Gutachten an verschiedene Stellen, wie Wirtschaftspolizei, Preisüberwachungsstelle, Marktamt und Gerichte. Auch die Verwertung der beschlagnahmten und für verfallen erklärten Waren erfolgte durch die Rechtsabteilung des Hauptwirtschaftsamtes.

Die Erhebungen sowohl für das Hauptwirtschaftsamt selbst als auch, über Ersuchen, für die Wirtschaftspolizei, für das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau und für die Gerichte besorgte ein eigener Erhebungsdienst, der im Jahre 1948 6.719 Erhebungen durchführte, gegen 4.711 im Jahre 1947. Mit diesen Erhebungen waren 363 Rechtsfälle verbunden, die von der Rechtsabteilung behandelt wurden.

PUNKTEVERRECHNUNG.

Im Jahre 1948 wurden von ungefähr 9.000 Konten Gutschriften für Textilien und Schuhe verrechnet, die bei den Textilien einen Wert von 152,506.413 Punkten und für Schuhe einen solchen von 547.106 Punkten darstellten. Diese Punktezahl ist um die Hälfte größer als die im Jahre 1947 verrechnete. Die Steigerung bei den Textilien geht auf das Wirksamwerden der Kleiderkarte zurück. Zum Wiederbezug wurden im Jahre 1948 Schecks für 148,938.888 Punkte ausgegeben, das ist um etwa 70 Prozent mehr als 1947.

TEXTILIEN.

Die Erleichterungen und Freigaben im Textilienbezug bewirkten eine beträchtliche Einschränkung der Tätigkeit in diesem Zweig der Verwaltung. Die Ausgabe von Bezugsberechtigungen ist aus den gleichen Gründen stark zurückgegangen. Ende 1948 wurden nur noch Haus-, Bett- und Tischwäsche, Strumpfwaren, Herrenhemden sowie die sogenannte Meterware bewirtschaftet. Im Jahre 1948 wurden von den Kartenstellen und dem Hauptwirtschaftsamt folgende Bezugsberechtigungen ausgegeben: 1,765.770 Bezugsscheine für Textilien aus der Inlandproduktion und 3.400 Bezugsscheine im Rahmen der Amerikanischen Hilfsaktion durch die Kartenstellen sowie 165.000 Berechtigungsscheine und 27.000 Bezugsscheine an Angestellte der amerikanischen Dienststellen durch die Zentrale des Hauptwirtschaftsamtes.

RAUCHWAREN.

Das Hauptwirtschaftsamt gab im Jahre 1948 für Rauchwaren 365.471 Raucherkarten an Gemeinschaftsverpflegte, 1.069 an Einzelverbraucher und 26.592 Briefe Pfeifentabak aus. Mit der Freigabe der Tabakwaren hörte die Tätigkeit des Hauptwirtschaftsamtes auf diesem Gebiete auf.

MOTORRÄDER, FAHRRÄDER UND TREIBSTOFFE.

Die Zuteilung von Motorrädern erfolgte durch die Amtsleitung des Hauptwirtschaftsamtes. Im Jahre 1948 verfügte das Hauptwirtschaftsamt über ein Kontingent von insgesamt 34 englischen Maschinen, die den vorgemerkten Bewerbern zugewiesen wurden. Insgesamt gingen in diesem Jahre 135 Ansuchen um Zuweisung englischer Maschinen ein; mit den vom Vorjahre übernommenen Ansuchen waren Ende 1948 397 Ansuchen noch unerledigt. Die Bewirtschaftung von Motorrädern der Type Puch 125 wurde mit 31. April 1948 aufgehoben.

Die Fahrradbewirtschaftung wurde Mitte 1948 aufgelassen und Ende des Jahres wurde auch der Handel mit Fahrradreifen frei-

gegeben. Die Abteilung III des Hauptwirtschaftsamtes, die für diese Anweisungen zuständig war, hat im Jahre 1948 750 Bezugsmarken für Fahrräder, 68.346 für Fahrradmäntel und 106.395 für Fahrradschläuche ausgegeben.

Petroleum, Dieselöl und Schweröl blieben zwar bewirtschaftet, unterlagen aber nicht mehr der Bezugscheinpflicht. Für den Antrieb ortsfester Motoren und für die Produktionszwecke von Industrie und Gewerbe wurden im Jahre 1948 zugewiesen: 667.000 Liter Benzin, 130.000 Liter Benzol und 12.000 Liter Traktorentreibstoff; für die Heizanlagen in Spitälern und industriellen Betrieben 4.800 Tonnen Heizöl und 880 Tonnen Dieselöl. Dieser Teil der Abteilung (Mineralöle) wurde nach Liquidierung des Hauptwirtschaftsamtes dem Beschaffungsamt angeschlossen.

AUTO- UND MOTORRADBEREIFUNG.

Das dem Hauptwirtschaftsamt im Jahre 1948 zugeteilte Kontingent von 26.934 Reifen wurde zur Gänze ausgegeben, wobei immer noch ein ungedeckter Bedarf von 23.643 Reifen verblieb. Die Produktion hat demnach den Bedarf noch nicht in vollem Maße zu decken vermocht.

KOHLE, KOKS UND HOLZ.

Günstige Anlieferungen machten es möglich, daß im Jahre 1948 drei Aufrufe von je 100 kg Kohle für jeden Haushalt erfolgen konnten. Weiterhin wurde in berücksichtigungswürdigen Fällen an Kranke, stillende Mütter und Personen über 70 Jahre zusätzlich Brennmaterial ausgegeben. Der Gesamtaufwand betrug an Kohle und Koks 701.000 Tonnen, an Holz 96.420 Raummeter. Durch diese Brennstoffmenge wurden 709.000 Haushaltungen mit Gasanschluß, 140.000 gaslose Haushalte und 16.000 strom- und gaslose Haushalte versorgt. Außer der Kohle wurden sämtlichen Haushalten je 30 kg Unterzündholz und gaslosen Haushalten nebst der monatlichen Sonderzuteilung von 50 kg Kohle als Hausbrand noch 30 kg Holz zugewiesen. Mit dem Ende des Kohlenwirtschaftsjahres 1948 — im März 1949 — war auch die Tätigkeit dieses Verwaltungsgebietes abgeschlossen.

SEIFE UND WASCHMITTEL.

Im Jahre 1948 erhielten die Normalverbraucher durch Aufruf von Seifenkartenabschnitten folgende Mengen zugeteilt:

Kinder bis zu einem Jahr: 6 Stück Toiletteseifen, 3 Stück Einheitsseifen, 12 Pakete Waschpulver, 4 Pakete Einweichmittel und 1 kg Kristallsoda.

Alle Personen über einem Jahr: 12 Stück Einheitsseifen, 12 Pakete Waschpulver, 4 Pakete Einweichmittel und Männer über 18 Jahre erhielten außerdem 3 Stück Rasierseifen.

An Betriebe mit schmutzender Arbeit, hygienische Betriebe, Ämter, Anstalten usw. wurden außerdem ausgegeben: 75.959 Stück Toiletteseifen, 17.042 Stück Rasierseifen, 4.569.310 Stück Einheitsseifen, 3.595.092 Pakete Waschpulver, 27.897 Pakete Einweichmittel und 674.792 Stück Kernseifen.

Im April 1949 wurde die Bewirtschaftung von Seife und Waschmitteln aufgehoben und damit die Wirksamkeit dieser Abteilung eingestellt.

SCHUHE- UND LEDERBEWIRTSCHAFTUNG.

Der Bezug von Lederschuh mit Gummisohlen wurde im Oktober 1948 freigegeben. Diese Regelung hatte zunächst die Geschäftsführung des Hauptwirtschaftsamtes nicht berührt, da die Verbraucher im allgemeinen eine Abneigung gegen gummi-besohlte Schuhe hatten; die verfügbaren Mengen an solchen Schuhen waren überdies zur Deckung des Bedarfes unzureichend. Im Jahre 1948 wurden Bezugsberechtigungen für folgende Schuharten ausgegeben:

	Straßenschuhe		Arbeitsschuhe	Zu- sammen
	Erwachsene	Kinder	Männer u. Frauen	
Durch den Öst. Gewerkschaftsbund	121.620	—	90.621	212.241
durch die Kartenstellen	128.615	164.718	13.616	306.949
durch das Hauptwirtschaftsamt . . .	7.098	1.498	3.864	12.460
Zusammen	257.333	166.216	108.101	531.650

Außerdem wurden 8.781 Paar orthopädische und Maßschuhe sowie 24.377 Paar Spezialschuhwerk, wie Gummiberufsstiefel, Gummipanken, Arbeitsschuhe mit Holzsohlen und Gebirgsarbeitschuhe, abgegeben.

Trotz einer gewissen Erleichterung, die sich in der Lederbewirtschaftung im Jahre 1948 zeigte, war der Bedarf an verschiedenen Ledersorten höher als das zugewiesene Kontingent. Es konnten aber der Schuhmacherinnung 342.300 kg verschiedener Ledersorten zugewiesen werden. Die Zuteilung an die Sattlerinnung betrug 38.400 m² Spaltleder sowie 17.000 kg Blankleder für Pferdegeschirre und Reparaturen. Den übrigen Innungen und lederverarbeitenden Betrieben wurden 65.000 kg Leder der verschiedensten Art zugewiesen. Im April 1949 erfolgte die Aufhebung der Bewirtschaftung von Schuhen, wodurch die Geschäfte der Abteilung teilweise eingestellt wurden. Als mit Ende Juni auch die Bewirtschaftung von Leder und Häuten, soweit sie auf Grund des Warenverkehrsgesetzes gehandhabt wurde, fallen gelassen

werden konnte, wurde die Abteilung Schuh- und Lederbewirtschaftung liquidiert.

BESCHAFFUNGSWESEN.

Die Versorgung der Verbraucher mit Waren hat sich in den Jahren 1948 und 1949 ungemein gebessert. Das Beschaffungsamt, das für die städtischen Ämter, Anstalten, Betriebe und Schulen den Sachbedarf zu decken hat, konnte wieder mehr auf die Qualität der zu beschaffenden Waren achten und brauchte nicht mehr jedes Angebot anzunehmen. Tatsächlich erhielt das Beschaffungsamt von den Händlern und Erzeugern nahezu aller Branchen qualitativ hochwertige Waren und meist auch in den erforderlichen Mengen. Erleichtert wurde die Arbeit des städtischen Beschaffungswesens durch die Auflockerung der staatlichen Bewirtschaftung, die bereits bei einer Reihe von Bedarfsgegenständen im Jahre 1948 erfolgte und durch das Erlöschen des Warenverkehrsgesetzes um die Mitte des Jahres 1949.

Mit dem Aufhören der Bewirtschaftung wurden auch die amtlichen Verteilungsstellen überflüssig. Das Hauptwirtschaftsamt wurde aufgelöst und einige noch übrig gebliebene Verwaltungsgeschäfte, wie das Mineralölreferat und das Straferferat, wurden dem Beschaffungsamt zugewiesen (Erlaß der Magistratsdirektion vom 16. November 1949).

Die geringen zur Verfügung stehenden Kredite wirkten sich vielfach hemmend auf eine rationelle Einkaufstätigkeit des Beschaffungsamtes aus.

Zur Durchführung der Nationalrats- und Gemeinderatswahlen wurden zahlreiche Wahlbehelfe beschafft und den Wahllokalen zugestellt. Die Kosten für die Neuanschaffung und Instandsetzung von Wahlzellen und Wahlurnen, für die nötigen Transporte, für Papier, Drucksorten und Kanzleierfordernisse betragen ungefähr 690.000 S.

Insgesamt betragen die Ankaufswerte der im Jahre 1948 gekauften oder beschafften Waren und Halbfabrikate 59,239.006 S und im Jahre 1949 64,634.557 S.

Im Herbst 1949 wurde mit dem Bau der Umfriedungsmauer des Zentrallagers begonnen; hiefür wurden im Jahre 1949 112.000 S aufgewendet.

Im Zentrallager wurde ein Öltank zur Aufnahme technischer Öle eingebaut.

Der Tischlereibetrieb im Zentrallager wurde ausgestaltet, da zurückgestellte Amtsmöbel, bevor sie wieder ausgegeben werden, oft repariert und aufgefrischt werden müssen. Zur Unterbringung von Möbeln wurde ebenfalls im Zentrallager ein Holzschuppen mit einem Kostenaufwand von 84.800 S errichtet.

LEBENSMITTEL.

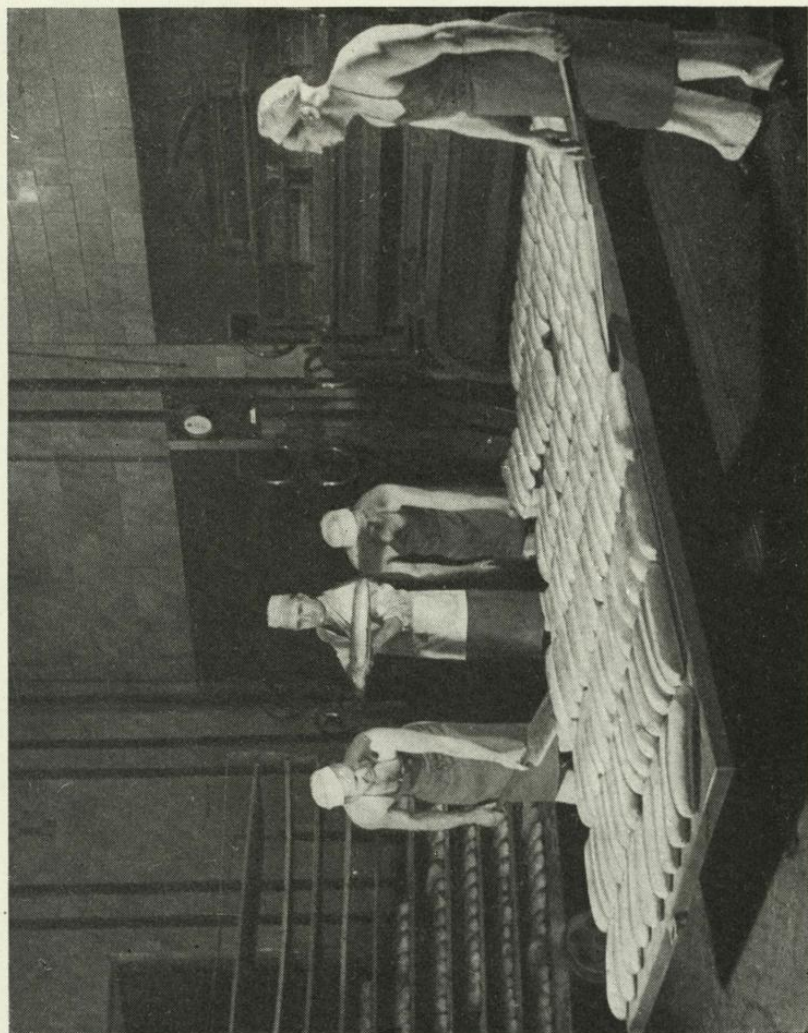
Seit dem Frühjahr 1948 fiel die Belieferung der Humanitätsanstalten mit bewirtschafteten Lebensmitteln nicht mehr in den Wirkungsbereich des Beschaffungsamtes. Eine Ausnahme besteht nur für Mehl, das nach wie vor vom Beschaffungsamt eingekauft wird. Alle nicht bewirtschafteten Lebensmittel beschafft das Beschaffungsamt zentral und gibt sie an die Verbrauchsstellen weiter. Solche Waren sowie die schon früher freigegebenen Dauerlebensmittel wurden für die städtischen Humanitäts- und Krankenanstalten zum Teil als Kommissionsware, zum Teil als Lagerware gekauft. Leicht verderbliche Lebensmittel, wie Frischfleisch und Gemüse, beschaffen sich die einzelnen Anstalten selbst.

In den Jahren 1948 und 1949 wurden gekauft:

	1948	Stück	1949
Salz	86.300 kg		141.070 kg
Essig	10.200 l		38.841 l
Marmelade	20.700 kg		72.557 kg
Suppenmasse	5.300 kg		10.971 kg
Honig	800 kg		3.457 kg
Pilze	700 kg		1.322 kg
Gurken	1.500 kg		3.141 kg
Senf	380 kg		865 kg
Fruchtsirup oder -säfte	1.400 kg		7.005 kg
Puddingpulver	2.100 Pakete		1.624 kg
Tee und Ersatztee	150 kg		210 kg
Gewürze	260 kg		1.876 kg
Kaffee und Ersatzkaffee	1.000 kg		28.459 kg
Mehl	2,319.000 kg		2,060.485 kg
Gemüse	1.000 kg		4.364 kg
Kartoffelnährmittel	3.200 kg		600 kg
Backpulver und Vanillezucker	80 Kartons		824 kg
Paradeismark	10.800 kg		9.573 kg

Außer den angeführten Waren wurden im Jahre 1948 noch folgende Mengen an Lebensmitteln beschafft: 1.300 kg Powidl, 1.800 Glas Gurken, 60 Glas rote Rüben, 3.200 kg Kürbismark. Außerdem wurden kleinere Partien beschlagnahmter Lebensmittel und in den ersten 2 Monaten des Jahres 1948 alle rationierten Lebensmittel, die ab März unmittelbar vom Landesernährungsamt den Anstalten zugewiesen wurden, ausgegeben.

Im Jahre 1949 wurden gekauft: 1.003 kg Kindernährmittel, 680 kg Haselnußkerne, 120 kg Mandeln, 935 kg Schokolade, 5.678 kg Dörrpflaumen, 2.400 kg Rosinen, 125 kg Trockenmilch, 5.249 kg Kakao, 60 kg Zitronenpulver, 1.397 Fischkonserven, 5.559 kg Mohn, 150 kg Malzextrakt, 1.126 Liter Rum, 210 kg Nährzucker, 650 kg Maisgrieß, 220 kg Kindergrieß, 61.000 kg Weizengrieß, 3.750 kg Rollgerste, 5.300 kg Reis, 19.955 kg Hülsenfrüchte, 11.024 kg Haferflocken und 195.037 kg Teigwaren.



Am Auszugofen der Städtischen Bäckerei.



Schlachthof St. Marx.

Hinter dem mächtigen Portal des Schlachthofes hat der Krieg arge Zerstörungen angerichtet. Wirtschafts- und Betriebsräume mußten wieder instandgesetzt werden.



Auf dem Wege zum Schlachthof.

Der Zentralviehmarkt vermag in der Woche rund 600 Rinder und 15.000 Schweine aufzunehmen.

Die Ankaufswerte der gekauften und beschafften Waren betragen im Jahre 1948 3,637.000 S und im Jahre 1949 5,482.000 S.

STÄDTISCHE BÄCKEREI.

Die Städtische Bäckerei deckt zwei Drittel des Bedarfes der städtischen Wohlfahrtsanstalten und erzeugt außerdem Brot und Gebäck für die französische Besatzungsmacht. Der restliche Bedarf der Wohlfahrtsanstalten wird von privaten Bäckereien gedeckt. Die Gebäckerzeugung für die Schülerausspeisung wurde Mitte des Jahres 1949 eingestellt. Der Betrieb in der Städtischen Bäckerei ist zu einem großen Teil mechanisiert, wodurch die Arbeit der hier Beschäftigten weitgehend erleichtert wird. Die Erzeugung ist vorwiegend auf Schwarzbrot und Sandwichwecken eingestellt, doch werden auch Gebäcksorten nach bestimmten Vorschriften hergestellt. Die Diabetiker in den Krankenanstalten bekommen von hier das Grahambrot; auch verschiedener Zwieback und das ungesalzene Gebäck, wie es die Ärzte in vielen Fällen vorschreiben, werden hergestellt.

Die Städtische Bäckerei bietet auch den Lehrlingen des Zuckerbäcker- und Bäckerhandwerkes beste Gelegenheit zu praktischen Übungen. Ist gegen die Mittagstunde die letzte Brotladung an die Anstalten verladen, kommen die Schüler der beiden Wiener Bäckerberufsschulen und werden hier praktisch unterrichtet.

Wegen der geringen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel mußten notwendige Instandsetzungen, wie der Backofenumbau, unterbleiben und nur besonders dringende kleinere Reparaturen konnten vorgenommen werden.

Im Jahre 1948 wurden 2,450.400 kg Brot und Gebäck und im Jahre 1949 insgesamt 2,050.400 kg erzeugt. Daneben wurden noch Mehlspeisen erzeugt und Brösel, teils aus Gebäcksresten, teils aus besonders für die Bröselherzeugung hergestelltem Gebäck, gewonnen.

TEXTILIEN UND LEDERWAREN.

Der Bedarf der einzelnen Verbrauchsstellen an Textilien und Lederwaren konnte zunächst nicht ausreichend gedeckt werden. Da die Bewirtschaftung dieser Waren bis zur Mitte des Jahres 1949 andauerte, konnte bis dahin nur mit Zuweisungen der Zentralstellen eingekauft werden. Es gelang jedoch, die Feuerwehr- und die Sanitätsbediensteten, das Rettungsdienst- und das Marktamtspersonal sowie die Friedhofsangestellten und das Forstpersonal mit Dienstkleidung auszustatten. Außerdem erhielten alle jene städtischen Bediensteten, die zur Ausübung ihres Berufes Schutzkleider benötigen, Arbeitskleider, Arbeitsblusen, Hosen und Arbeitsmäntel.

Das Beschaffungsamt vergab zahlreiche Arbeitsaufträge, wie die Verarbeitung von Stoffen und Leder, die Reparatur von Kleidern, Wäsche, Schuhen und Pelzen, die chemische Reinigung vieler Textilien, Tapeziererarbeiten, die Erzeugung von Fahnen, die Verarbeitung von Baumwolle, Färben und Bleichen von Stoffen und vieles mehr. Im Jahre 1949 wurden für Pfleglinge der städtischen Anstalten und für Fürsorgezwecke ungefähr 20.000 Paar Schuhe teils fertig gekauft, teils in Lohnarbeit vergeben. Damit konnte der Bedarf gedeckt werden.

Nachdem die Bewirtschaftung am 1. Juli 1949 aufgehoben worden war, konnte das Beschaffungsamt mit den Lieferfirmen frei verhandeln, was sich in erhöhten Anlieferungen auswirkte.

Das Gelderfordernis für den Ankauf von Textilien und Lederwaren betrug im Jahre 1948 13,389.000 S und im Jahre 1949 15,245.000 S.

Folgende Gegenstände wurden in den Jahren 1948 und 1949 gekauft: Wollstoffe 1948 15.000 m, 1949 24.800 m; Decken 1948 8.500 Stück, 1949 6.700 Stück; Leinenstoffe 1948 77.300 m, 1949 20.700 m; Baumwollstoffe 1948 922.764 m, 1949 769.000 m und Hartleder 1948 7.000 kg und 1949 13.000 kg.

	1948	1949
	Stück	
In Lohnarbeit wurden vergeben:		
Männermäntel	1.300	484
Uniformmäntel	500	63
Männeranzüge	2.000	1.691
Männerhosen	1.100	4.916
Uniformblusen	100	1.489
Unterhosen	2.700	3.453
Hemden	25.300	7.930
Arbeitsmäntel	900	1.560
Arbeitsanzüge	1.800	2.414
Dienstkleider	400	441
Stoff- und Waschkleider sowie Mäntel für Frauen und Kinder	700	4.068

Außerdem wurden im Jahre 1948 in Lohnarbeit vergeben: 100 Pelzwesten, 70 Pelzmäntel und 190 Pelzüberzüge, 600 Pyjama und 1.400 Arbeitsjoppen. Im Jahre 1949 wurden folgende Gegenstände — außer den bereits oben angeführten — in Lohnarbeit vergeben: 1.521 diverse Dienstkappen, 15.757 Leintücher, 154 Deckenbezüge, 11.710 Kopfpolsterbezüge, 7.418 Durchzüge, 61.228 Babyhemden, 23.722 Windeln, 17.457 Tücher, 1.373 Schürzen, 653 Matratzendrittel und Kopfpolster, 1.000 Paar Fäustlinge, 183 Wäschesäcke und 267 Fahnen und Wimpel.

WIRTSCHAFTSWAREN, WERKZEUGE, BEREIFUNGEN, CHEMISCHE ARTIKEL.

In dieser umfangreichen Warengruppe, von der die meisten und verschiedensten Waren beizustellen sind, hatten die Beschaf-

fungsschwierigkeiten bereits im Jahre 1948 so ziemlich aufgehört. Das im Gemeindebetrieb notwendige Reinigungsmaterial, wie Bürsten, Besen und Reibtücher, stand in ausreichenden Mengen und guter Qualität zur Verfügung. Auch der Bedarf an Dissousgas im Werkstättenbetrieb konnte wieder gedeckt werden. Stauböl für die Bekämpfung der Staubplage in den Schulen war wieder vorhanden, so daß die gelegentlich versuchsweise gekauften, wenig bewährten Surrogatmittel nicht mehr verwendet werden mußten. Im Jahre 1949 haben sich durch die am 1. Juli erfolgte Aufhebung der Seifen- und Reifenbewirtschaftung fühlbare Erleichterungen ergeben. Bei Blech- und Stabeisen bestanden noch Beschaffungsschwierigkeiten; Fertigwaren, wie Werkzeuge und dergleichen, wurden in genügender Menge angeboten. Der Bedarf an Auto- und Fahrradbereifung konnte hinreichend gedeckt werden. Importe waren nur bei Reifen von gewissen Dimensionen, die im Inland nicht erzeugt werden, nötig. Die wesentlich höheren Preise machten sich jedoch durch die größere Strapazfähigkeit und Lebensdauer des Materials bezahlt.

Der Mangel an Glühlampen und Taschenlampenbatterien wurde überwunden. Elektromaterial, fast durchwegs inländisches Erzeugnis, stand genügend zur Verfügung. Schalter, Stecker und Steckdosen wurden allerdings vielfach noch in minderwertiger Qualität angeboten.

In einzelnen Warengruppen, z. B. bei Leinöl, Firnis und Verbandstoffen, herrschte noch ein gewisser Mangel.

PAPIER, DRUCKAUFTRÄGE UND KANZLEIERFORDERNISSE.

Die Versorgung des Gemeindehaushaltes mit Papier besserte sich wesentlich. Im allgemeinen war Papier in ausreichender Menge zu haben, wenn auch die unsichere Preisgestaltung des Rohmaterials lange Lieferfristen bedingte. An gewissen Spezialpapieren, wie Filtrierpapier und feinem Pauspapier herrschte jedoch noch ausgesprochener Mangel. Da die Papierindustrie zum großen Teil für den Export arbeitete, kam die Erzeugung dem Inlandmarkt noch nicht vollständig zugute.

Die Kanzleierfordernisse der Gemeindedienststellen konnten vollkommen befriedigt werden. Inländische Bleistifte und Federn waren genügend am Markt. Da die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel mit den großen Preissteigerungen nicht Schritt halten konnten, vermochte der Bedarf nur knapp gedeckt zu werden. Man hatte daher das System der Einzelanforderungen der Dienststellen beibehalten und noch nicht auf die früher übliche Vierteljahrsanforderung zurückgegriffen, die bedeutend weniger Arbeit verursachte.

In der städtischen Verwaltung waren Ende 1949 2.548 Schreibmaschinen und 377 Buchungsmaschinen in Verwendung.

Die Adressographanlage des Beschaffungsamtes wurde wieder der Rathausdruckerei unterstellt.

In den Jahren 1948 und 1949 wurde folgendes Material beschafft:

	1948	1949
Papier und Papierwaren	696 t	600 t
Bleistifte und Farbstifte	39.800 St.	129.260 St.
Bleistiftverlängerer	6.000 St.	11.400 St.
Briefordner	1.400 St.	1.380 St.
Farbbänder	8.300 St.	10.146 St.
Karbonpapier	190.000 Bl.	382.400 Bl.
Stempelkissen	1.800 St.	1.230 St.
Stempelfarbe	3.000 St.	2.300 St.
Tinten	3.200 Fl.	2.810 Fl.
Tusche	3.400 Fl.	1.612 Fl.
Dreiecke	2.500 St.	2.820 St.
Federstiele	4.500 St.	4.400 St.
Heftklammern	13.000 Sch.	8.200 Sch.
Heftmaschinen	500 St.	300 St.
Radiergummi	34.900 St.	7.500 St.
Schreibfedern	167.000 St.	38.100 St.
Reißnägel	1.200 Sch.	147 kg
Banknotenklebepapier	2.000 St.	1.000 St.
Löschwiegen	950 St.	770 St.
Adremaplatten	6.200 St.	2.000 St.
Knopffarben	3.600 St.	16.000 St.
Notizbücher	70.000 St.	1.150 St.
Addingrollen	1.400 St.	2.600 St.
Aktenumschläge	11.600 St.	15.500 St.
Lochmaschinen	350 St.	370 St.
Rotaprintmetallplatten	24.000 St.	44.470 St.
Malpinsel	2.300 St.	9.520 St.
Schwammschalen mit Schwamm	100 St.	1.600 St.
Ormigtin	20 l	5 l
Zirkelminen	17.000 St.	2.480 St.
Indigopapier	16.200 Bl.	240.000 Bl.
Vervielfältigungsfarbe	100 Tb.	480 Tb.

Ferner wurde im Jahre 1948 folgendes Material beschafft: 2.000.000 diverse Papiersäcke, 4.000.000 Kuverts, 3.000 Pakete Klosettpapier, 900 Datumstempel, 8.200 Schachteln Klips, 1.650 Tuben Klebepaste, 5.600 Blatt Schablonen, 50 Schulzirkel, 23.000 Zelluloidhülsen und diverse andere Gegenstände.

Im Jahre 1949 wurden ferner beschafft: 5.000 Adremareiter, 540 Fettkreiden, 3.300 Flügelmappen, 800 Flaschen Gummi arabicum, 600 Gummierpinsel, 103.000 Heftnägel, 4.000 Hängehefter, 5.000 Blatt Hektographenpapier, 25.000 Karbonpapierstreifen, 2.480 Rollen Klebestreifen, 1.990.100 Klipsklammern, 3 Kontograph-Füllhalter, 119.750 Karteireiter, 54.500 Kreiden, 830 Dosen Klebepaste, 1.002 Lineale, 477 Reißbretter, 1.000 Redisfedern, 874 Tuben Syndetikon, 70 Tafeldreiecke, neu, 1.697 Reißschienen, neu, 400 Reißschienen, repariert, 1.100 Schülerzirkel,

repariert, 300 Malschalen, 735 Paletten mit Knopffarben, 22.510 Mappen-Schnellhefter, 800 Tintentassen, 300 Dosen Tintenpulver, 5.000 Papiermaße, 700 Tuschkalen, 5.300 Plakatarben, 150.000 Blatt Vervielfältigungspapier, 2.200 Einschreibebücher A 4, 6.765 Matrizen, 1.400 Lieferscheinbücher, 31.104 rote Kopierstifte.

Auf der Rathauspresse wurden im Jahre 1948 8,670.000 und im Jahre 1949 11,275.000 Drucksorten hergestellt, außerdem wurden die dazugehörigen Satzarbeiten und verschiedene Umdruckarbeiten durchgeführt. In der Adressographanlage wurden im Jahre 1948 2.000 und im Jahre 1949 11.000 Neuprägungen sowie 2,000.000 Drucke im Jahre 1948 und 1,900.000 Drucke im Jahre 1949 durchgeführt.

Die Umsätze beliefen sich im Jahre 1948 auf 10,016.000 S und im Jahre 1949 auf 6,497.000 S.

BRENNSTOFFE.

Die Brennstoffversorgung hatte sich bereits im Jahre 1948 wesentlich gebessert. Inländische Braunkohlen, Auslandskohlen und Koks standen in ausreichender Menge zur Verfügung. Im Jahre 1949 war die Versorgung mit Brennstoffen fast wie in Vorkriegszeiten. Es gab weder Kälteferien für Schulen, Betriebs-einstellungen bei den städtischen Bädern und Wäschereien, noch Untertemperaturen in Wohlfahrtsanstalten und Ämtern. Sämtliche Koksfeuerungsanlagen wurden ausschließlich mit Wiener Gaskoks versorgt und die Fernheizwerke und andere Großverbraucher fast zur Gänze mit Inlandkohle beliefert. Nur ein Viertel des Gesamtbrennstoffverbrauches entfiel auf ausländische Kohle.

Auch die Brennholzversorgung hat sich weiterhin gebessert, so daß der Bedarf an Unterzündholz gedeckt werden konnte. Teilweise wurde Unterzündholz von der liquidierenden städtischen Holzstelle zugewiesen. Zum größten Teil aber konnte Brennholz aus den städtischen Forsten bezogen werden, die ja zufolge ihrer Größe auch vor dem Kriege in der Lage waren, den städtischen Brennholzbedarf zur Gänze zu decken. Die in der Kriegszeit infolge des Papier- und Holz mangels verwendeten Unterzünder wurden nicht mehr gekauft.

Die auf Heizöl umgestellten Anlagen konnten trotz vieler Schwierigkeiten zufriedenstellend beliefert werden. In den Jahren 1948 und 1949 wurden folgende Brennstoffmengen beschafft:

	1948	1949
Kohle	50.886 t	57.556 t
Koks	31.492 t	38.089 t
Holz	267 t	3.848 t
Heizöl	2.267 t	4.420 t

Die Gesamtanschaffungskosten betragen im Jahre 1948 21,660.000 S und 1949 22,697.000 S.

MÖBEL.

Die Möbelerzeugung hatte das Niveau der Vorkriegszeit fast wieder erreicht. Holz, Leim und Beschläge standen in ausreichenden Mengen zur Verfügung. Auch Kraftstrom für den Maschinenantrieb war vorhanden. Der Absatz ging allerdings nur schleppend vor sich, da die Anschaffungskosten auf ein Vielfaches des Jahres 1938 gestiegen waren. Auch das Beschaffungsamt konnte wegen der geringen ihm zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel keine großen Bestellungen an Amtseinrichtungen machen, obwohl es an der Zeit wäre, die teilweise ganz veralteten Amtseinrichtungen zu erneuern. Die durch die Kriegseinwirkungen entstandenen Verluste und die zumeist nur notdürftig behobenen Schäden an Büroeinrichtungsgegenständen sowie die Tatsache, daß während der Kriegs- und Nachkriegszeit keine Nachschaffungen gemacht wurden, wirken sich immer mehr aus; die Reparaturen nahmen ständig zu. Noch verwendbare Amtsmöbel wurden in eigener Regie wiederhergestellt. Der Bedarf an Amtsmöbeln konnte vorläufig nur aus den freigewordenen Beständen aufgelassener Ämter und durch ständige Instandsetzungsarbeiten gedeckt werden. Die Tischlerei im Zentrallager mit ihren 12 Arbeitern hat nicht nur in der eigenen Werkstätte des Beschaffungsamtes, sondern auch in verschiedenen Dienststellen zahlreiche Instandsetzungen an Amtsmöbeln durchgeführt. Im Zentrallager besteht auch eine kleine Schlosserwerkstätte.

Einen großen Umfang nehmen auch die Uhrenreparaturen an.

SCHULERFORDERNISSE.

Das Beschaffungsamt hat für die städtischen Pflichtschulen sämtliche Sacherfordernisse beizustellen, so daß die Schulen selbst nur Kleinigkeiten aus den Schulpauschalien zu beschaffen brauchen. Die gesamten Lehr- und Lernmittel werden auf Grund eines vom Stadtschulrat angelegten Verbrauchsschlüssels beschafft. Durch allmähliche Wiederinstandsetzung der bombenbeschädigten und von den Besatzungsmächten freigegebenen Schulgebäude wurden einige hundert Klassenzimmer für Schulzwecke benützbar gemacht. Für diese neu erstandenen Klassenzimmer hat das Beschaffungsamt die gesamte Einrichtung beigelegt. Auch die Reparatur von Schulmöbeln wurde veranlaßt. Für ausrangierte Schulmöbel besteht eine eigene Sammelstelle. In der Kriegszeit war dieses Lager durch eingestellte Möbel aus den sogenannten Einquartierungsschulen und aus den bombenbeschädigten Schulen beträchtlich angewachsen. Der Großteil des

Inventars befand sich aber in so schlechtem Zustand, daß eine Wiederinstandsetzung vollkommen unrentabel gewesen wäre, daher wurde die Skartierung in die Wege geleitet. Das Lehr- und Lernmittellager, das seit 1945 in einem Schulgebäude in der Zieglergasse untergebracht gewesen war, wurde, da dieses für Schulzwecke freigegeben werden mußte, wieder in das Zentral-lager zurückverlegt.

Im Schuljahre 1948/49 wurden u. a. folgende Lehr- und Lernmittel unentgeltlich an die Volks-, Haupt- und Sonderschulen ausgegeben: 210.000 Lehrbücher, 1,820.000 Schreibhefte, 1,422.000 Löschblätter, 3,717.000 Zeichenblätter, 2,920 Gros Bleistifte, 13.740 Gros Federn und 6.520 Kollektionen Malfarben.

Für die Erhaltung und Ergänzung der Einrichtungsgegenstände, für Reinigungsmaterial, Kanzleierfordernisse, Heilmittel, Transporte, Lehrbücher und Pläne und für die Behebung von Kriegsschäden am Inventar wurden im Jahre 1948 7,846.000 S und im Jahre 1949 6,665.000 S aufgewendet.

VERWERTUNG VON ALTMATERIAL.

Der Anfall von Alteisen, Blechen, Metallen, Papier, Hadern, Altgummi usw. ist in dem großen Haushalt der Gemeinde bedeutend. Das Beschaffungsamt hat daher der günstigen Verwertung des Altmaterials besonderes Augenmerk zuzuwenden. Das rationelle Einsammeln und die Abgabe in großen Mengen ist auch für die österreichische Wirtschaft zur Ersparung von Rohstoffen wichtig. Der Verkauf von Altmaterial durch die einzelnen Dienststellen ist nicht gestattet. Das Beschaffungsamt besorgt auch die Sachgüterverwertung, d. i. die Verwahrung von noch brauchbaren Gegenständen, die bei der einen oder anderen Dienststelle nicht mehr benötigt werden. Durch Umfrage bei den einzelnen Ämtern wird festgestellt, ob Bedarf nach diesen Dingen vorhanden ist. Findet sich kein städtischer Abnehmer, so wird der Gegenstand, falls Aussicht besteht, daß er später für den Gemeindehaushalt verwendet werden könne, aufbewahrt oder er wird an den Bestbieter verkauft. Der Erlös für verkauftes Altmaterial betrug im Jahre 1948 370.200 S und im Jahre 1949 953.000 S.

LIEGENSCHAFTSWESEN.

Der Grundbesitz der Gemeinde Wien innerhalb des Stadtgebietes und einschließlich des Fondsbesitzes umfaßte am Ende des Jahres 1948 2,442.159 Ar. Davon entfielen auf Alleinbesitz 2,378.231 Ar, auf Mitbesitz 63.928 Ar und auf die Armengeldstiftung 401 Ar. Am 31. Dezember 1949 betrug der städtische Grundbesitz in Wien 2,437.628'90 Ar, davon der Alleinbesitz 2,373.584'45 Ar, der

Mitbesitz 63.643'45 Ar und der Grundbesitz der Armengeldstiftung 401 Ar.

Außerhalb des Stadtgebietes verfügte die Gemeinde Wien am Ende des Jahres 1948 über einen Grundbesitz von 2,119.784 Ar, darunter 2,115.281 Ar im Alleinbesitz. Im Jahre 1949 erhöhte sich der Grundbesitz der Gemeinde außerhalb Wiens auf 2,121.360'77 Ar, darunter der Alleinbesitz auf 2,116.851 Ar. Der Ankauf von Grundstücken war im Jahre 1948 nur in beschränktem Umfange möglich, weil bis zur Aufhebung der Preisstoppvorschriften am 1. Oktober 1948 für nichtlandwirtschaftliche Grundstücke sich kaum ein Grundeigentümer zu einem Verkauf um den Stopppreis entschloß. Wenn es das Interesse der Stadt Wien erforderte, wurden daher Tauschverträge auf der Basis der gleichwertigen Stopppreise abgeschlossen. Ansonsten hielt man an der schon in den vorhergehenden Jahren durchgeführten grundsätzlichen Verkaufssperre für städtische Liegenschaften fest, um den städtischen Liegenschaftsbesitz nicht zu vermindern. Nur bei Arrondierungen wurden einige Ausnahmen gemacht. Es handelte sich um geringfügige Grundabtretungen vielfach an das öffentliche Gut oder um zivilrechtliche Verpflichtungen. Die Lockerung des Preisstopps für Liegenschaften, die Auswirkungen der Vermögensabgabegesetze und die Zwangslage, in der sich viele Besitzer ausgebombter Häuser befanden, führten dazu, daß der Stadt Wien im Jahre 1949 in erhöhtem Ausmaß Liegenschaften, insbesondere ganz oder teilweise zerstörte Häuser zum Kauf, Tausch oder gegen Leibrenten angeboten wurden. Meist konnte aber von solchen Angeboten kein Gebrauch gemacht werden, weil vielfach zu hohe Kaufpreise gefordert wurden. Außerdem ist der Erwerb solcher Liegenschaften für die Stadt Wien nur dann erstrebenswert, wenn dadurch die Arrondierung eines städtischen Grundbesitzes oder die Verbauung im Rahmen des Wohnbauprogramms möglich wird.

Auch in den Jahren 1948 und 1949 wurden noch zahlreiche Verhandlungen wegen Rückstellung von Liegenschaften, die in der Zeit vom März 1938 bis zum Kriegsende erworben oder der Stadt Wien entzogen worden waren, geführt. Eine größere Anzahl solcher Liegenschaften mußte zurückgestellt werden. In manchen Fällen wurde der seinerzeit bezahlte Kaufpreis ganz oder teilweise eingebüßt, weil die Rückstellungswerber nur das zurückzahlen hatten, was ihnen selbst zugute gekommen ist, der Kaufpreis war aber meist auf Sperrkonto erlegt worden oder er war vom Reich eingezogen worden. Zuweilen ist es jedoch gelungen, günstige Vergleiche für die Stadt Wien zu erzielen. In einigen Fällen verzichteten die Vorbesitzer auf die Rückstellung und wurden auf andere Weise entschädigt. So verzichtete z. B. das

Stift Heiligenkreuz auf den Anningerwald und erhielt dafür Weingärten im Gebiet von Gumpoldskirchen. Durch derartige Vergleiche wurden auch die gegenseitigen Verrechnungen geregelt und bedeutende Verfahrens- und Anwaltskosten erspart.

Dagegen war es nur in wenigen Fällen möglich, die während der nationalsozialistischen Herrschaft von der Stadt Wien abgegebenen Liegenschaften zurückzuerhalten. Hier spielt die Frage des Wehrmacheigentums oder des Deutschen Eigentums eine Rolle. Mit einer Regelung wird man erst nach Abschluß des Staatsvertrages rechnen können. Den Nachfragen nach städtischen Grundstücken für gewerbliche und industrielle Zwecke, die sich infolge des Wiederaufbaues und der Wirtschaftsbelebung häufig ergaben, konnte nur in wenigen Fällen entsprochen werden, da alle städtischen Grundstücke entweder in Eigenbenützung stehen, vermietet oder verpachtet sind.

Das Wohnbauprogramm der Stadt Wien vom Jahre 1949 brachte dem Liegenschaftsamte erhebliche Mehrarbeiten. Die Verhandlungen über die Freimachung von städtischen Gründen, die für Betriebszwecke vermietet oder verpachtet worden waren, gestalteten sich meistens sehr schwierig und überaus langwierig, weil die Stadt Wien die von den Betroffenen geltend gemachten Ersätze für Aufwendungen und Übersiedlungen nur in ganz wenigen Fällen auf sich nehmen konnte. Häufig mußte die Räumungsfrist erstreckt werden, da die Abtragung der Bauten auf den Grundstücken sowie die Räumung der Bestandflächen in der verhältnismäßig kurzen Zeit den Pächtern nicht möglich waren. Die Veränderungen des Geldwertes blieben auf die Verwaltung nicht ohne Einfluß. Nach Möglichkeit wurde die Erhöhung der Grundsteuer, der Landwirtschaftskammerbeiträge und der Arbeiterunfallversicherungsbeiträge von den Pächtern hereingebracht. Die durch das Schillinggesetz und Währungsschutzgesetz entwerteten Kauttionen tausender städtischer Pächter mußten wieder aufgefüllt werden. Die Angleichung der vielfach zu niedrigen Pachtzinse an die derzeitigen Preisverhältnisse wird angestrebt.

Ende 1949 verwaltete der Magistrat 63 Gastwirtkonzessionen, davon 16 in Nichtbetrieb, 1 Buffetkonzession und 1 Buchdruckereikonzession. 15 Autobuskonzessionen, die vorher in der Verwaltung des Magistrats gewesen waren, übernahmen im Jahre 1949 die Wiener Verkehrsbetriebe.